



Ulf Küch

SOKO ASYL

Eine Sonderkommission offenbart
überraschende Wahrheiten über
Flüchtlingskriminalität

riva

Genau das haben wir hier in Braunschweig festgestellt, und deswegen gehen wir gegen diesen Personenkreis vor – nichts anderes machen wir. Ich selber bin jetzt seit mehr als 41 Jahren bei der Polizei, und so ist das, was hier geschieht, auch überhaupt keine Überraschung für mich. Was mich dagegen wirklich überrascht, ist der Umstand, dass andere genau das noch gar nicht bemerkt haben.

Was ein solches Vorgehen gegen Kriminalität von Flüchtlingen aber tatsächlich bewirken kann, das zeigt auch die Kriminalitätsstatistik. Weil es sich eben nicht um die Masse der Flüchtlinge handelt, und weil wir gegen diesen begrenzten Kreis von Kriminellen sehr intensiv vorgegangen sind, haben wir keinen signifikanten Anstieg der Kriminalität in der Stadt Braunschweig in 2015. Und dies, obwohl uns prophezeit wurde, die Stadt würde in Kriminalität »absaufen«.

Aber kehren wir noch einmal zurück zu der Vorgeschichte. Begonnen hatte alles schon vor dem Jahr 2015. Der Gründung der Sonderkommission ging eine viele Monate lange Phase voraus, in der die Stimmung in der Stadt sich wandelte. Braunschweig stufe ich in diesem Zusammenhang nicht als Einzelfall ein, sondern als ein Beispiel für eine sich verändernde Situation, die man auch in anderen deutschen Städten mit größeren Flüchtlingsunterkünften feststellen kann. Im Jahr 2014 war der Begriff Flüchtlingskrise noch nicht in aller Munde, doch auch damals schon verzeichnete die Europäische Union einen starken Anstieg der Flüchtlingszahlen – und zwar im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Drittel auf mehr als 600 000 Menschen. Und diese Menschen stellten ihre Asylanträge vor allem in Italien, in Schweden und eben auch in Deutschland.

Die Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Braunschweig gibt es inzwischen seit rund 20 Jahren, die Menschen in der Stadt sind also seit langem vertraut mit der Einrichtung und

auch mit den Personen, die dort vorübergehend aufgenommen werden. Doch bereits im Oktober 2014 und damit fast ein Jahr, bevor die Soko ihre Arbeit wirklich aufnahm, erschienen in lokalen Medien Artikel über die Zustände in der Landesaufnahmebehörde, und auch über das Verhalten von Flüchtlingen. Außerdem machte auch die rechte Szene schon damals mobil gegen Flüchtlinge.

So erschien auf dem Regional-Portal *regionalbraunschweig.de* am 11. Oktober 2014 ein Artikel unter der Überschrift »Flüchtlingssituation in Braunschweig ist angespannt«. Darin wurde über eine Überbelegung der Landesaufnahmebehörde geschrieben: Die eigentlich auf nur 550 Flüchtlinge ausgelegte Einrichtung müsse aktuell 750 Menschen Raum bieten – was vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung im Jahr 2015 immer noch geradezu paradiesische Zustände waren. Denn die Zahlen sollten eben noch bis auf fast 4000 Menschen steigen.

Trotzdem zeigten sich die Bewohner der Stadt schon damals besorgt. Sie empfanden einerseits die Unterbringung so vieler Personen auf so engem Raum als kaum menschenwürdig, vor allem aber regte sich auch Protest gegen die Flüchtlinge und deren Handeln. Schon damals wurde eine Bürgerinitiative gegründet, die sich vor allem darüber beklagte, dass durch die hohe Zahl von Flüchtlingen in Braunschweig inzwischen Belästigungen, Diebstahl, Körperverletzungen und auch Drogenmissbrauch an der Tagesordnung seien.

Das Portal zitierte in besagtem Artikel aus einem Brief, den man von der Bürgerinitiative erhalten hatte. Darin habe gestanden: »Das Allerschlimmste ist, dass die Politiker absolut keine Anstalten machen, die desaströse Lage zu verbessern. Wie zuletzt bei der Bezirksvertretung im Heinrich-Jasper-Haus, wo die Bürger über ihre Probleme berichteten. Und von der Vertreterin der Landesaufnahmebehörde und den anderen

Politikern kamen nur Beschwichtigungen, man kenne die Vorkommnisse, könne aber nichts tun. Dem ganzen die Krone aufgesetzt hat dann die freche Aussage, dass man im Heidberg ebenfalls Probleme mit Müll und rund ums Stadion ebenfalls Probleme mit Lärm gibt.« Dass die so zitierte Aussage grammatikalisch nicht vollkommen korrekt ist, soll hier nichts zur Sache tun. Es geht allein darum, dass schon zu jener Zeit Beschwerden darüber aufkamen, dass es im Umfeld der Landesaufnahmebehörde zu laut sei, und dass vermehrt Abfall auf Straßen und Gehwegen zu finden war. Fast zeitgleich kam allerdings auch der Verdacht auf, diese Bürgerinitiative sei eine Tarnorganisation rechter Gruppen, die in der Stadt die Stimmung gegen Flüchtlinge weiter anheizen wollte.

Natürlich wurde schon zu jener Zeit die Polizei ebenfalls zur aktuellen Lage befragt. Vor allem ging es immer wieder um Vorfälle in dem besagten Stadtteil Kralenriede, in dem die Stimmung besonders angespannt war. Daher kommt in dem von mir zitierten Artikel auch ein Sprecher der Braunschweiger Polizei zu Wort, der im Oktober 2014 noch sagte: »Bei vollem Verständnis für die Sorgen der dortigen Anwohner und Kunden in den Geschäften, in denen auch Asylbewerber einkaufen, sieht die Polizei keine besondere Problematik. Eine besondere Kriminalitätsbelastung, zum Beispiel durch mehr Diebstähle in Geschäften, Belästigungen oder anderen Delikten ist uns nicht bekannt. Möglicherweise haben öffentlichkeitswirksame Vorkommnisse und Auseinandersetzungen innerhalb der Landesaufnahmebehörde (LAB), auch durch die Berichterstattung, zu einer Wahrnehmung der Bürger geführt, die sie in ihrem Sicherheitsempfinden negativ beeinflusst hat.« Auch die Vielzahl fremder Menschen, die sich auf dem Weg zwischen der LAB und den ansässigen Geschäften bewegten, mögen zwar subjektiv als bedrohlich empfunden werden, er-

klärte der Kollege von der Pressestelle weiter. Polizeilich relevante Vorkommnisse gebe es aber nicht.

Wie gesagt, das alles trug sich im Oktober 2014 zu. Und ich gebe auch zu, dass wir uns erst einmal mit der Situation vertraut machen mussten, dass wir etwas lernen mussten. Doch so wie sie im Oktober noch war, blieb die Situation nicht. Denn mit dem Beginn des Jahres 2015 stiegen die Flüchtlingszahlen noch einmal massiv an. Nicht nur die, sondern auch die Zahlen der in der Landesaufnahmebehörde untergebrachten Menschen erreichten immer neue Höchstwerte. Bereits im März des Jahres lagen sie schon immer deutlich über 2 000 oder bei 2 500. Wir wussten natürlich, dass die eigentlichen Aufnahmekapazitäten gar nicht so groß sind. Ursprünglich war die LAB wie gesagt auf nur 550 Personen ausgelegt, dann hatte man dies mit zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten auf etwa 1 300 hochgefahren. Was natürlich immer noch bei weitem nicht ausreichend war. Wir haben dann bald gemerkt, dass die Kollegen von der Landesaufnahmebehörde, die vor Ort arbeiteten, an ihre Grenzen stießen.

Doch bald ging es nicht mehr allein um die Zahl der Asylsuchenden. Was uns in unserer Arbeit als Kriminalbeamte seit Beginn des Jahres 2015 ebenfalls auffiel, das war eben der massive Anstieg der Straftaten. Was in der Stadt dabei besonders auffiel, war die enorme Zunahme an Ladendiebstählen – vor allem auch die Diebstähle hochpreisiger Waren. Es ging also nicht um Schokoriegel oder kleine Diebstähle beim Discounter, sondern um Diebstähle in Kaufhäusern oder Ladengeschäften, bei denen auch äußerst kostspielige Dinge gestohlen wurden.

Was ebenfalls massiv auftrat, waren sogenannte Antanzversuche, über die nach den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln ja auch bundesweit berichtet wurde. Dabei geht es um eine Masche, die vor allem bei Nordafrikanern sehr verbreitet

ist. Sie gehen in Gruppen von drei oder vier Leuten auf ältere Menschen, hilflose Menschen, auf Betrunkene oder eben auch auf Frauen zu. Die werden angetanzt und mit diesen tanzähnlichen Bewegungen abgelenkt oder aus dem Gleichgewicht gebracht, immer mit dem Ziel, sie zu bestehlen und ihnen Geldbörse oder Handy aus den Taschen zu ziehen. So etwas kam wiederholt und mehrfach vor.

Gerade dieser Anstieg der Antanzmasche war aber für uns ebenfalls ein Signal, dass sich hier etwas forcierte, das wir schon seit Jahren in der Kriminalitätsbekämpfung kannten. Durch die Vorfälle in Köln hat sich erneut gezeigt, dass sich diese Tätergruppen, die zweifelsfrei nicht die klassischen Flüchtlinge sind, schon zum Teil seit Jahren mit einem Duldungsstatus in der Bundesrepublik befinden. Aber trotz zum Teil erheblicher Vorstrafen können sie nicht abgeschoben werden, da ihre Herkunftsländer entweder die »Annahme« verweigern, weil keine Aus- und Überlieferungsverträge mit der Bundesrepublik Deutschland bestehen, oder überhaupt nicht geklärt ist, wo sie denn nun tatsächlich herkommen. Doch dazu noch später.

Daneben nahmen auch die Schlägereien zu. Sodass wir uns gesagt haben, dass wir uns mit dem Themenbereich intensiver beschäftigen müssen. Dazu kam noch etwas anderes: ein enormer Anstieg von Einbruchsdiebstählen. Wenn ich sage enorm, dann ist das wie gesagt vor dem Hintergrund zu verstehen, dass der Stadtteil Kralenriede, um den es vor allem geht, eigentlich ein sehr ruhiges Wohngebiet ist. Dort wohnen rund 3000 Menschen und es ist insgesamt relativ ruhig in Bezug auf Straftaten. Die Einbruchszahlen bewegten sich dort bislang auf das Jahr gerechnet im einstelligen Bereich. Nur lebten dort inzwischen eben nicht mehr die 3000 einheimischen Anwohner, hinzu kam etwa die gleiche Zahl an Flüchtlingen.